

Kantonsratsbeschluss über die Mietkosten für die Kantonspolizei St.Gallen im Interventionszentrum des Bundes für den Zoll Ost in St.Margrethen

Antrag vom 10. März 2025

Die Mitte-EVP-Fraktion (Sprecherin: Scherrer-Degersheim)

Antrag:

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, dem Kantonsrat eine überarbeitete Vorlage zu unterbreiten, die der Immobilienstrategie des Kantons St.Gallen besser Rechnung trägt und auf die hängige Berichterstattung der Regierung zum Postulat 43.19.15 «Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen: Herausforderungen und Strategie» abgestimmt ist.

Begründung:

Die veranschlagten Mietkosten im Interventionszentrum des Bundes in der Höhe von Fr. 2'158'000.– je Jahr für 50 Arbeitsplätze sind unverhältnismässig hoch. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Mietdauer von insgesamt 40 Jahren einzugehen, ist zudem nicht zielführend, solange der Bericht zum Postulat 43.19.15 «Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen: Herausforderungen und Strategie» noch nicht vorliegt. Die Regierung hat den Bericht für das laufende Jahr in Aussicht gestellt. Er wird die Herausforderungen und die Strategie erläutern und aufzeigen, wo der grösste Handlungsbedarf besteht und nach welchem Modus und in welcher zeitlichen Priorisierung allenfalls zusätzliche Stellen in der Kantonspolizei geschaffen werden sollen. Erst dann wird der Kantonsrat die Gelegenheit haben, sich auf fundierter Grundlage zu den Herausforderungen und zur Strategie der Kantonspolizei zu äussern sowie Beschlüsse zu fassen über personelle und bauliche Massnahmen.